

Fluglärm hat Staatskanzlei erreicht

Kurswechsel Bouffier lädt zum Gipfel über Schallschutz ein

■ **Wiesbaden/Frankfurt.** Der wachsende Protest gegen den Fluglärm zeigt Wirkung: Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) hat für Montag Spitzen der Luftfahrtbranche in die Staatskanzlei nach Wiesbaden geladen, um über Möglichkeiten zur Lärmreduzierung zu sprechen. Nach Mitteilung der Staatskanzlei vom Freitag werden an dem Treffen neben Bouffier Hessens Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP), der Vorstandschef des Flughafenbetreibers Fraport, Stefan Schulte, Lufthansa-Vorstandschef Christoph Franz, der Geschäftsführer der Deutschen Flugsicherung, Dieter Kaden, und der Generalsekre-

tär des Airline-Verbandes BARIG, Martin Gaebges, teilnehmen.

„Wir wollen eine deutliche Lärminderung“, sagte Bouffier laut Mitteilung. Ziel des Gesprächs sei es, „alle Möglichkeiten des aktiven und passiven Schallschutzes auszuschöpfen und zu prüfen, welche weiteren Maßnahmen zur generellen Reduzierung des Fluglärms machbar sind“. Die Landesregierung strebt ein Maßnahmenpaket an, das noch im ersten Quartal 2012 vorgestellt werden soll.

Unterdessen hat sich der FDP-Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag, Florian Rentsch, für ein striktes Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen ausgesprochen. „Das ist mein klares Ziel“, sagte Rentsch der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Er hoffe, dass das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ein solches Flugverbot zwischen 23 Uhr und 5 Uhr ermögli-

che. Rentsch hält es aber nicht für sinnvoll, dass das Land seinen Revisionsantrag gegen das derzeitige Nachtflugverbot zurücknimmt, denn nur eine höchstrichterliche Entscheidung bringe Rechtsfrieden und Rechtssicherheit. Auch Posch hatte stets auf die für das Frühjahr erwartete Entscheidung des Gerichts verwiesen.

Ob Rentsch jetzt plötzlich mehr Lärmschutz wolle, werde nicht in Interviews bewiesen, sagte Grünen-Fraktionsvorsitzender Tarek al-Wazir. „Es zählen nur noch Taten.“ Die Landesregierung müsse als ersten Schritt ihre Revision zurücknehmen. Das Argument, mit dem Verfahren solle nur Rechtssicherheit hergestellt werden, sei kompletter Unfug.

Für ein Nachtflugverbot hatten in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung CDU und Grüne am Donnerstagabend erstmals ge-

meinsam gestimmt. SPD-Landesvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel sieht darin Heuchelei. „Anders als im Landesparlament in Wiesbaden, wo jeder Antrag für das Nachtflugverbot und einen besseren Lärmschutz von Schwarz-Gelb abgeschmettert wird, macht die Frankfurter CDU jetzt auf Nachtfluggegner“, sagte Schäfer-Gümbel laut Mitteilung. Die Lärmbelastung der Bürger eigne sich nicht für Wahlkampfmanöver. Innenminister Boris Rhein (CDU), der für die Oberbürgermeisterwahl im nächsten Jahr kandidiert, hatte sich kürzlich ebenfalls für ein Nachtflugverbot ausgesprochen.

Fluglärmgegner kündigten am Freitag an, sie wollten am kommenden Dienstag rund 40 000 Unterschriften für eine Petition zum besseren Lärmschutz an den hessischen Landtagspräsidenten übergeben.